

Die Bedeutung der jugoslawischen Selbstverwaltung

Dr. Bogdan Denitch forscht und lehrt an der Columbia University, an der City University of New York und an einer neugegründeten Hochschule eines Bezirks der Gewerkschaft „American Federation of State, County and Municipal Employees“. Er ist aktiver Gewerkschafter.

Die jugoslawische Selbstverwaltung kann nicht isoliert von allen anderen Gesichtspunkten des sozialistischen Systems, die sie ja so einmalig machen, betrachtet werden. Das Wesen des jugoslawischen Sozialismus kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. in internationalen Angelegenheiten: Unabhängigkeit und Blockfreiheit;
2. auf wirtschaftlicher Ebene: sozialistische Marktwirtschaft mit an der Wirklichkeit orientierter Planung;
3. politisch: ein Vielvölkerstaat ohne nationale Majorität;
4. historisch: ein erfolgreicher nationaler Befreiungskrieg, das heißt Guerilla-Kommunismus, der durch die über drei Jahrzehnte reichende Herrschaft legitimiert wurde;
5. soziologisch: eine neue politische Form auf der Grundlage der Selbstverwaltung in der Form von Arbeiterräten, Selbstverwaltungsorganen in Institutionen und Gemeinden.

Diese Charakteristika existieren in einer Gesellschaft — und dieser Faktor war von zunehmender Bedeutung —, die durch einen hohen Stand sozialer und politischer Modernisierung gekennzeichnet war, die sich jedoch unerbittlich verlangsamte, als Jugoslawien die Mobilisierungsphase, die durch die Rückständigkeit einer zerstörten traditionellen Gesellschaft diktiert wurde, beendete.

Es ist klar, daß, wenn man Jugoslawien betrachtet, die Selbstverwaltung nur als Teil eines integrierten Ganzen oder vielmehr eines integrierenden Ganzen gesehen werden kann, da sich das System in einer Evolutionsphase befindet. Die Selbstverwaltung kann in drei Teile gegliedert werden: Arbeiterräte oder Selbstverwaltung in der Industrie; Selbstverwaltungsorgane in sozialen Institutionen, wie zum Beispiel Schulen, halbamtlichen Organisationen und Selbstverwaltung auf der Ebene der Gemeinden. Diese drei Elemente müssen zusammenhängend gesehen werden, da es unmöglich ist, die Arbeiterräte als ein isoliertes Phänomen in Jugoslawien anzusehen. Die Arbeiterräte sind vielleicht der interessanteste Aspekt des jugoslawischen Experimentes, den man am leichtesten auf andere Situationen übertragen kann, aber, wie die Erfahrung in Algerien, Indien und anderen Ländern gezeigt hat¹⁾, führt die Schaffung von Arbeiterräten in der Isolation, ohne eine gleichzeitige Veränderung des Gefüges der Gesellschaft selbst, zu einem voraussehbaren Mißerfolg und einer wachsenden Unzulänglichkeit in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Entwicklung der Selbstverwaltung benötigte mehr als einen Zeitraum von zehn Jahren, und sie schuf eine Reihe von Spannungen und Widersprüchen, die auch heute noch in der Gesellschaft zu finden sind. Für die klassischen Verfechter der Kontrolle durch die Arbeiter waren die Arbeiterräte keine parallele Form, sondern die *einzige* Form organisierter Macht, die in einer sozialistischen Gesellschaft ausgeübt werden sollte. In Jugoslawien wurden die Arbeiterräte zunächst in einer noch immer zentralisierten Wirtschaft mit vollständig ausgebauten staatlichen Verwaltungsorganen und einer monolithischen Parteistruktur eingesetzt, denen allen ein größerer Einfluß beschieden war als den Räten selbst.

1) S. Artikel in „Autogestion“: Algerien und Z. Tancic's Studie der Mitbestimmung in Indien.

Das war sogar in den Angelegenheiten der Fall, die der Zuständigkeit der Arbeiterräte unterstellt waren. Erst mit der Einführung der Marktwirtschaft begannen die Arbeiterräte zumindest auf einer geringen Autonomie der Betriebe zu bestehen, und erst zu dem Zeitpunkt, als die Arbeiterräte über den Hauptteil der Einnahmen zu verfügen begannen, fing die wirtschaftliche Macht an, sich zu verschieben. Diese „Verschiebung“ legt den eigentlichen Ursprung der Spannung klar, weil sie natürlich die Dezentralisation der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnis im engen Zusammenhang mit einem bestehenden sehr zentralisierten Staatsapparat mit sich bringt. Dies hat einen ständigen Druck in Richtung auf die Veränderung der politischen und parteipolitischen Struktur geschaffen dahingehend, daß sie die neuen sozialen Verhältnisse und Formen des politischen Verhaltens, die durch die Entwicklung der Selbstverwaltung geschaffen wurden, widerspiegeln sollten. Dieser Druck hatte nicht immer Erfolg, wenn nicht aus anderen Gründen, so deshalb, weil er nicht bewußt ausgeübt wurde.

Historisch betrachtet, muß daher die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung in einer Marktwirtschaft so betrachtet werden, daß sie die vorrangige Funktion hat, den alten Staatsapparat abzubauen und den größten Teil der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnis auf nichtstaatliche Organe zu verschieben. Das ist der Grund, warum die meisten Debatten über die sozialistische Marktwirtschaft in Wirklichkeit Debatten über die heutige Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien sind. Die Kritik am Egoismus der Unternehmen, die in einigen Bereichen aufgetreten ist, begreift hier das "Wesentliche nicht. In einer selbstverwalteten Gesellschaft müssen die Arbeiter in den Selbstverwaltungsorganen davon *überzeugt* sein, daß sie die erforderlichen Opfer für die Gesellschaft als Ganzes bringen. Die Hauptaufgabe des Bunds der Kommunisten Jugoslawiens liegt natürlich in der Erweiterung des sozialistischen Bewußtseins. In wohlmeinenden Kritiken wird oftmals ohne weiteres angenommen, daß gesellschaftliche Prioritäten besser von Experten, Regierungsstellen oder von in diesen Dingen „unparteiischen“ Intellektuellen als durch die freiwillige Beteiligung der Arbeitnehmer gesetzt werden. Um es einfacher auszudrücken: sie trauen den Arbeitern nicht zu, daß sie Selbstverwaltung im Interesse der Gesellschaft ausüben können. Darin inbegriffen ist die weiterbestehende Existenz einer Doppelherrschaft und daher eine Begrenzung der Selbstverwaltung.

Die Entwicklung der Arbeiterselbstverwaltung im Rahmen einer Marktwirtschaft hat eine ganze Reihe von realen und potentiellen sozialen Konflikten hervorgerufen. Sie können grob gegliedert werden in solche, die am Arbeitsplatz stattfinden, und solche, die sich zwischen Arbeitsplatz und Organen und Kräften außerhalb ereignen. Am Arbeitsplatz existieren zwei entgegengesetzte Zwänge: Erhöhung der Produktion und soziale Organisation der Arbeit. Effizienz gegen Humanität. Ein Arbeiterrat ist gleichzeitig die organisatorische Spitze einer komplexen organisatorischen Pyramide und eine Bürgerversammlung. Ein offensichtlicher Konflikt besteht zwischen den Bemühungen einer technokratisch orien-

tierten Managementschicht nach Steigerung der Effizienz und Produktivität und dem natürlichen Widerstand der Arbeiter gegen jede Bemühung zur Steigerung des Arbeitstempos oder der Entfremdung von der Kontrolle über den Produktionsprozeß. Das zunehmende Angebot von Konsum- und Luxusgütern hat von seiten der Akademikerschicht den Ruf nach größerer Einkommensdifferenzierung laut werden lassen. Man stellt lieber Hochschulabsolventen von draußen als systematisch ausgebildete Arbeiter ein, die man vielleicht auf die Hochschule geschickt hat; im Fachbereich nimmt die Kluft zwischen dem Experten und dem Arbeiter zu.

Die Konflikte zwischen dem Unternehmen und der Gesellschaft als Ganzes sind ebenfalls systemimmanent. Die augenfälligsten entstehen durch engstirnige Eigeninteressen eines Unternehmens, wie z. B. die skandalöse Verunreinigung von Flüssen und Teilen der Küste; die Produktion von Gütern, deren sozialer Wert umstritten ist; unverantwortliche Preispolitik; die Tendenz, das Unternehmen als eine Form des gemeinsamen Privateigentums zu betrachten und dergleichen. Auf der anderen Seite gibt es Bemühungen „von draußen“, in die normalen Vorrechte der Selbstverwaltung, wie z. B. der Einstellung und Entlassung, einzugreifen, Forderungen nach Vergünstigungen zu stellen und Bestrebungen ärmerer Gemeinschaften, die erfolgreichen Betriebe zum Zwecke des allgemeinen Wachstums zu melken.

Der generelle Widerstand politischer Gefüge — ob auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene — gegen die Ausweitung der Autonomie von Selbstverwaltungsorganen in der Wirtschaft sind im Grunde genommen immer durch die Notwendigkeit der Verteidigung allgemeiner gesellschaftlicher Interessen gerechtfertigt. Das wirft natürlich die Frage auf, wie „unparteiisch“ die Verteidiger der allgemeinen Interessen sind.

Die Ausdehnung der Selbstverwaltung heute

Es gibt drei Bereiche der Selbstverwaltung: Unternehmen einschließlich Genossenschaften, Gemeinderäte und -organe sowie soziale Dienste und Einrichtungen. Im *Bereich der Wirtschaft* findet man die Selbstverwaltung auf verschiedenen Ebenen. Vier typische Gruppierungen von Selbstverwaltungsorganen können im Wirtschaftsbereich festgestellt werden:

1. Arbeiterräte, die in Unternehmen, deren Größe Arbeiterräte und Verwaltungsausschüsse vorschreiben, gewählt werden; in dieser Kategorie gibt es 145 488 Mitglieder in Arbeiterräten.

2. Die zweite Gruppe besteht aus Verwaltungsausschüssen kleinerer Unternehmen, die auf Grund ihrer Größe keinen Arbeiterrat haben, darin vertreten sind 10 016 Personen.

3. Die dritte und größte Gruppe besteht aus Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane in Unternehmensteilen. Das ist eine Gruppe, die sich aus verschiedenen Gründen vergrößern kann, einer davon ist die Expansion großer kom-

plexer Unternehmen in Jugoslawien. Insgesamt 303 328 Personen sind in Selbstverwaltungsorganen dieses Bereiches vertreten.

4. Die vierte Gruppe besteht aus Selbstverwaltungsorganen in landwirtschaftlichen Genossenschaften; 35 469 Personen sind darin vertreten.

Das Gesamtaufkommen von Vertretern in Selbstverwaltungsorganen im Bereich der Wirtschaft erreicht fast die Halb-Millionen-Grenze.

Der Bereich der *kommunalen Selbstverwaltung*, der kommunalen Körperschaften (es gibt in Jugoslawien 500 Gemeinden) umfaßt 40 791 Personen, rund die Hälfte davon sind in allgemeinen Wahlen gewählt worden; die andere Hälfte wurde durch die Kommunalkörperschaften bestimmt. Hinzu kommen noch örtliche Gemeindeorgane auf niedriger Ebene, die 92 725 Personen umfassen, was eine Gesamtzahl von 133 516 Personen ergibt.

Der dritte Bereich, der als „*Soziale Selbstverwaltung in Einrichtungen des Sozialen Dienstes*“ definiert wird, umfaßt Grund- und höhere Schulen; Hochschulen und Universitäten; Kultur-, Bildungs-, Kunst- und Unterhaltungseinrichtungen; Gesundheitseinrichtungen und Einrichtungen der Sozialfürsorge. In den Selbstverwaltungsorganen dieser Institutionen arbeiten 210 384 Personen mit, von denen die Hälfte aus dem Bereich der Grund- und höheren Schulen kommt²).

Diese Zahlen verdeutlichen, wieviel Menschen auf die eine oder anderer Weise mit unterschiedlicher Intensität und Auswirkung auf die Lenkung ihrer sozialen Interessen in den Selbstverwaltungsorganen Einfluß haben³). Es ist bedeutsam, festzustellen, daß, wenn auch die meisten Vertreter in Selbstverwaltungsorganen auf betrieblicher Ebene zu finden sind, eine stattliche Anzahl aus den beiden übrigen Bereichen kommt. Diese weitgehende Einbeziehung von Nichtfachleuten in die Führung wichtiger Organe ihrer Gesellschaft — wie begrenzt auch immer — beeinflußt mit der Zeit deutlich die gesamte politische Kultur des Gemeinwesens. Selbstverwaltung wird somit nicht ein Instrument der Gesellschaft, sondern das eigentliche Gewebe der Gesellschaft. Das soll nicht heißen, daß es keinen Mißbrauch gibt, daß die Beteiligung nicht manchmal nur auf dem Papier besteht und daß das allgemeine politische Klima der Gesellschaft nicht auch manchmal einen Einfluß auf die Tätigkeiten in diesen Organen hat. Ich behaupte lediglich, daß die Mitwirkung als Norm jetzt fest verankert ist. Das System der Rotation, das bei Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften angewandt wird, bedeutet, daß ein wesentlicher Teil der arbeitenden Bevölkerung in der einen oder anderen Weise an der Verwaltung der eigenen Einrichtungen beteiligt ist. Das unterstreicht ja

2) Statisticki Godisujak Jugoslavije 1970, Seiten 66, 67, 68, 69. Die Zahlen sind etwas veraltet, aber trotzdem zutreffend.

3) 838 201 Personen von einer berufstätigen Bevölkerung von etwa vier Millionen sind in irgendeiner Weise im Rahmen der Selbstverwaltung tätig.

auch meinen eingangs vertretenen Standpunkt, daß die Selbstverwaltung kein teilweise transferierbares System ist.

Die Selbstverwaltung ist begleitet von einem Prozeß der Dezentralisierung von der Bundes- über die Regional- und Provinzialregierungen bis hin zu den Gemeinden. Dieser Prozeß begann in Jugoslawien relativ früh und wird durch die Verschiebung des Personalbestandes in den Verwaltungen des Bundes von 47 300 Personen im Jahre 1948 auf 10 326 Personen im Jahre 1956 verdeutlicht; dieser Prozeß dauert bis zum heutigen Tag an⁴). Es gibt zwei grundlegende theoretische Einstellungen zu diesem Prozeß der Dezentralisierung. Die erste unterstreicht die Souveränität der Republiken und betrachtet die Dezentralisierung in erster Linie als eine Auswirkung des Vielvölkerstaates Jugoslawien. Die zweite legt Wert auf strukturelle Dezentralisation und betont somit die Dezentralisation in Richtung auf die Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden und Unternehmen. Obwohl die beiden Prozesse gleichzeitig stattfinden, sind sie nach meiner Meinung letzten Endes unvereinbar, und das zweite Verfahren scheint eher den natürlichen Grundbedürfnissen einer selbstverwalteten Gesellschaft zu entsprechen⁵). Es kann jedoch argumentiert werden, daß die erste Phase der Dezentralisierung die Eigenständigkeit der Republiken betonen mußte, um die zentralen Bundesstrukturen abzubauen. Ich bin der Auffassung, daß die Zukunft den Akzent auf den zweiten Prozeß legen wird, der nach aller Wahrscheinlichkeit Bemühungen zur Konsolidierung nationaler Institutionen wie der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, der Gewerkschaften und des einheitlichen Marktes mit sich bringen wird.

Die beiden Jahrzehnte der Entwicklung der Selbstverwaltung in Jugoslawien haben große und weitreichende Auswirkungen auf die politische Kultur gehabt. Umfragen bei Arbeitern und in der Bevölkerung bestätigen die Tatsache, daß trotz der Kritiken an besonderen Praktiken und Mißständen in der Selbstverwaltung, diese zumindest als die wünschenswerte Norm und als Charakteristikum des jugoslawischen Sozialismus gesehen wird⁶). Diese Feststellung sollte in ihrem eigentlichen Zusammenhang gesehen werden. Es gibt in vielen Gesellschaftsformen eine Kluft zwischen normativen Systembezeichnungen und der eigentlichen Praxis. Unbestritten ist jedoch, daß die Führung des jugoslawischen Volkes sich darin einig ist, daß die bedeutendste Neuerung des jugoslawischen Sozialismus die Selbstverwaltung war. Alle bedeutenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Reformen seit diesem Zeitpunkt haben sich grundsätzlich auf die Ausarbeitung von Art und Details dieses Systems konzentriert, dem sie gemeinsam verpflichtet sind.

4) Dusan Bilandjic: *Borba Samoupravu Socijalizam u Jugoslaviji 1945—1969*, Zagreb 1969, Seite 73.

5) Die Tatsache, daß der Schwerpunkt auf den Republiken liegt, hat seinen Grund in den historischen Bedürfnissen des Vielvölkerstaates Jugoslawien, nicht in der Selbstverwaltung als System.

6) Unterlagen über die Studie sind zu finden in: *Svaraoci Jarnog Mnenja u Jugoslaviji*, Bände 1—4, Firdus Dzinic, herausgegeben im Institut Drustvenih Nauka, 1969. Eine Ausgabe der Hauptdokumentationen in englischer Sprache in: *Yugoslav Opinion Leaders*, Barton, Denitch, Kadushin, Herausgeber: Praeger Special series (erscheint 1973).

Verschiedene Auffassungen zur Selbstverwaltung

Selbstverwaltung hat für verschiedene Kreise eine sehr unterschiedliche Bedeutung. Betriebsleiter und technische Führungskräfte legen Wert auf die Autonomie der Fabrik und des Unternehmens und ihr Recht auf Führung des Betriebs ohne Einmischung von seiten der Regierung oder zentraler Wirtschaftsorgane. Politisch bewußte Arbeitnehmer betrachten die Selbstverwaltung als ihr Recht auf die Tag für Tag zu fällenden Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen. Sozialistische Intellektuelle sehen die Selbstverwaltung als eine Alternative zu einem stark gegliederten von der Partei beherrschten politischen System an, das neue Normen und den neuen sozialistischen Menschen schaffen will. Es handelt sich um Idealvorstellungen, aber eines ist klar; obgleich die Selbstverwaltung bei ihrer Einführung ein unbeschriebenes Blatt war, ist sie jetzt für breite Schichten in West- wie auch Osteuropa zugkräftig wie ein Schlagwort mit allen inbegriffenen Unklarheiten, die in den unterschiedlichen Auffassungen zu Tage treten, übernommen wurde.

Es gab in Ungarn und Polen während der Mitte der fünfziger Jahre und bei den Reformen in der CSSR im Jahre 1968 unterschiedliche Auffassungen zur Selbstverwaltung. In den beiden erstgenannten Ländern kam die Forderung nach Selbstverwaltung in erster Linie von den Arbeitern selbst. Diese Forderung wurde um so dringlicher, als die Arbeiter merkten, daß sie ihre Parteien und Gewerkschaften nicht verwalteten und nicht von ihnen repräsentiert wurden. Im Falle der CSSR jedoch gab es unter den Reformern eine weniger klare Einstellung, viele standen der Selbstverwaltung abwartend gegenüber, da sie eine größere Einkommensdifferenzierung und eine Gesellschaft anstrebten, in der Manager und technische Führungskräfte unabhängig von der politischen Struktur sein sollten⁷). Sie unterstellten richtig, daß sich in allen Betriebsbereichen, in denen es echte Macht in gewählten Arbeiterräten gibt, ein Druck für größere Lohngleichheit und gegen besondere Privilegien für Verwaltungs- und technische Führungskräfte besteht⁸). Das ist der Grund, warum die teilweise Selbstverwaltung in der Form der Mitbestimmung oder gemeinsamer Beratung bei Führungskräften, die normalerweise die Interessen des Managements unter liberalen oder sozialdemokratischen Reformern vertreten, attraktiver ist.

Ein weiteres Problem, das die Diskussion über die Selbstverwaltung verdunkelt, liegt in dem Verhältnis der übrigen Arbeitnehmerorganisationen zur Selbstverwaltung. Ich beziehe mich hier in erster Linie auf die Gewerkschaften. Selbstverwaltung kann in drei charakteristischen Formen mit den Gewerkschaften verbunden sein:

7) Siehe Ivan Svitak: „Das Tschechoslowakische Experiment 1968—1969“, Columbia U. Press, insbesondere die Seiten 52—59. Eine ausgezeichnete Diskussion über die Ansichten der tschechoslowakischen Reformer in der Frage der Gleichheit ist zu finden in: Ernest Geliners „Die Pluralistischen Anti-Gleichmacher von Prag“, Sommer 1972, Seiten 471—483, Zeitschrift „Dissent“.

8) Siehe den interessanten Diskussionsbeitrag von Kiro Gligorov anlässlich der Sitzung des Präsidiums der SKJ vom 30. Oktober bis 1. November 1972, über wirtschaftliche Differenzen. Veröffentlicht in „Politika“ Nr. 1. Was ich betonen möchte ist, daß die Einkommensdifferenzen innerhalb bestimmter Branchen der Wirtschaft kleiner werden. Das ist ebenfalls ersichtlich aus der Arbeit von Dr. Berislav Sefer.

1. In unterschiedlichen Formen der Mit-Beratung vertritt die Gewerkschaft die Interessen der Arbeiter in einem Ausschuß gemeinsam mit Managern und technischen Führungskräften. Obgleich dies Interessenkonflikte mit sich bringt, führt die Praxis zu oft dazu, daß die Gewerkschaftsvertreter in derartigen Gremien „einsichtiger“ sind als die Basis, die von ihnen vertreten wird. Sie werden empfänglich für die Probleme des Managements und der Produktion, die oftmals mit ihrer normativen Rolle als Anwälte der Interessen der Arbeiter unvereinbar ist.

2. Eine zweite Form der Beziehungen ist die, in der die Gewerkschaften oder vielmehr die Vertrauensleute den Arbeiterrat bilden. Das ist das syndikalistische Modell, das zumindest den Vorzug der Einfachheit hat. Management und technische Führungskräfte arbeiten hier für den Arbeiterrat und das Problem der Vertretung ist gelöst durch einen einheitlichen Strang der Vertretung.

3. Beim dritten Modell werden die Gewerkschaften zu Recht oder zu Unrecht als nicht repräsentativ verstanden; die Arbeiterräte werden als die eigentlichen Vertreter gesehen. Dieses Modell findet man bei Splittergewerkschaften, die in politisch konkurrierende Organisation gespalten sind oder in Fällen, wo die Gewerkschaftsführung keine unabhängige Rolle gegenüber der übrigen gesellschaftlichen Hierarchie spielt. In diesen Fällen werden die Gewerkschaften nicht als ein Instrument angesehen, durch das Mißstände und Personalfragen entschieden werden, sie erscheinen oftmals auf der Seite des Managements im Direktorium. Das ist eine Beschreibung der in ihrer Aktionsfreiheit begrenzten Räte in Polen und Ungarn und im Frühstadium der Entwicklung in Jugoslawien.

Sobald die Gewerkschaften auf mehr Selbständigkeit als Vertreter der allgemeinen Interessen der Arbeiter bestehen, ist ihr Verhältnis zu den Selbstverwaltungsorganen quasi das einer politischen Lobby zur Verteidigung der gesellschaftlichen Interessen der Arbeiter, während die Räte selbst die Funktionen übernehmen, die teilweise von den Vertrauensleuten oder Betriebsräten in einigen Gewerkschaften Westeuropas und der Vereinigten Staaten ausgeübt werden. Obwohl Konflikte in dieser Situation bestehen mögen, sind sie nicht endemisch.

Die industrielle Selbstverwaltung in Jugoslawien muß von den klassischen Arbeiterräten unterschieden werden, insofern in ihr auch Führungskräfte aus Verwaltung und Technik neben einer Mehrheit von Arbeitern vertreten sind. Selbstverwaltung oder Arbeiterkontrolle ist in verschiedenen Ländern und sozialen Strukturen zu einem zunehmend attraktiven Schlagwort geworden. Der Inhalt, der sich in diesem Slogan verbirgt, variiert stark. Er reicht von Bestrebungen, die Arbeiterräte als Mittel zu sehen, um eine Beteiligung der Arbeitnehmer zum Zweck der Vermittlung bei Konflikten, Steigerung der Produktivität und Unterstützung einer „Einkommenspolitik“ zu erreichen, bis zu Tendenzen, die Arbeiterräte als Proto-Sowjets, d. h. Instrumente zur revolutionären Umwandlung einer kapitalistischen Gesellschaft (oder in diesem Fall des dirigistischen

Sozialismus) in eine sozialistische Gesellschaft zu betrachten. Aus diesem Grunde ist es wichtig, sehr sorgfältig zu spezifizieren, was man unter Beteiligung und Selbstverwaltung versteht, da diese Schlagworte letzten Endes so weitgehend wie der Begriff „Demokratie“ gebraucht werden. Diese Begriffe sind vor allem dann beliebt, wenn die Arbeiter meinen, daß ihre Parteien und ihre Gewerkschaften nicht militant genug sind, um die Arbeits- und sozialen Bedingungen umzugestalten. In diesen Fällen sind wirtschaftliche Forderungen selten, man kann aber davon ausgehen, daß, wenn Lohnregelungen auf höherer Ebene ohne Konfrontation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erfolgen, die Forderungen nach Mitwirkung der Arbeiter oder auch nach Arbeiterräten zunehmen. Dieser Trend wird sich unzweifelhaft in fortgeschrittenen Industrieländern durch die zunehmend bessere Bildung der Arbeiterklasse und die zunehmende Kompliziertheit der Arbeit verstärken. Die alte Trennung zwischen den Fachleuten auf der Unternehmerseite und den relativ ungebildeten Arbeitern ist in der Auflösung begriffen und es hat sich eine dazwischenliegende Gruppe, die als neue Arbeiterklasse⁹⁾ bezeichnet wird, gebildet. Diese Schicht der Arbeiterklasse wird mehr und mehr die Forderung nach einer Form der Selbstverwaltung in fortschrittlichen Industriegesellschaften laut werden lassen.

Andererseits ist in Gesellschaften, die in der Entwicklung begriffen sind, die Funktion der Selbstverwaltung oder der Kontrolle durch die Arbeiter eine andere. Um damit zu beginnen, so bedeutet sie einen großangelegten Versuch, die neu industrialisierten Bauern zu mobilisieren und in die Normen des Fabriklebens einzubeziehen. Sie ist auch ein Instrument zur Rekrutierung neuer Führungsschichten in Gesellschaften, die über keine entsprechenden Kader verfügen, und sie ist auch ideologisch nützlich — sogar in Situationen, in denen die Macht der Manager fast unbeeinflusst von der Existenz der Arbeiterräte ist — weil sie die Umwandlung revolutionärer politischer Aktivisten in Manager rechtfertigt oder zu rechtfertigen versucht. Diese Umwandlung ist ideologisch akzeptabler, wenn zumindest die Form der Beteiligung erhalten bleibt. Formen jedoch, die nicht der sozialen Realität entsprechen, können ein gefährlicher Luxus sein. Wenn man Arbeitern sagt, daß sie die Fabrik besitzen und daß sie sie leiten sollen, dann versuchen sie, sich so zu verhalten, als wäre es an dem. Unter diesen Umständen kann es zu einem Konflikt zwischen den sich nach der offiziellen Ideologie des Systems verhaltenden Arbeitern und dem System selbst kommen.

Aussichten der Selbstverwaltung

Der Ausbau der Selbstverwaltung in Jugoslawien hat eine belebende Wirkung auf die Diskussion über Möglichkeiten der Arbeiter-Kontrolle in der heutigen Gesellschaft gehabt. Bei den bisherigen Programmen — selbst wenn sie an-

9) Die Entwicklung der Verflechtung ist zu ersehen bei: Serge Mallet „La Nouvelle Classe Ouvrière“ (Die neue Arbeiterklasse), Seuil, Paris 1963. Siehe auch: Bogdan Denitch „Is there a New Working Class“ (Gibt es neue Arbeiterklasse), Sommer 1970, und Michael Harringtons Essay über die gleiche Frage in einer Sonderausgabe: „The World of the Blue Collar Worker“ (Die Welt des Arbeiters) der Zeitschrift „Dissent“.

scheinend in allen Einzelheiten von Anarcho-Syndikalisten, Gilden-Sozialisten und der russischen Arbeiter-Opposition ausgearbeitet wurden — handelte es sich um abstrakte Modelle. Alle implizierten letzten Endes die Auffassung, daß die Arbeiterräte selbst der Mittelpunkt der gesellschaftlichen Macht seien. Man könnte nach der Betrachtung der jugoslawischen Erfahrungen drei mögliche Methoden skizzieren, die der Anwendbarkeit der Selbstverwaltung auf komplexe Staatsgefüge entspringen.

1. Das erste Modell setzt eine Korrektur der traditionellen marxistischen Definition der Arbeiterklasse und ihre Ersetzung durch den Begriff arbeitende Bevölkerung voraus. In diesem Fall repräsentieren die Selbstverwaltungsorgane in Wirtschaft und Gesellschaft die gesamte arbeitende Bevölkerung; also Manager, Angestellte, Techniker sowie Arbeiter. Dieses Modell setzt voraus, daß organische Veränderungen in der Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials eintreten, die den Anteil der gewerblichen Arbeitnehmer in der Wirtschaft verringern. Aus diesem Grunde muß sich ein System der Selbstverwaltung und eine darauf basierende politische Struktur zusätzlich zu der Arbeitnehmerschaft auf diese breite Schicht stützen. Das schließt auch den Gedanken ein, daß es keine schwerwiegenden sozialen Konflikte innerhalb der Kategorie „arbeitende Bevölkerung“ gibt, und daß harmonische Selbstverwaltungsorgane die Gruppe als Ganzes in einem bestimmten Sektor vertreten können.

2. Das zweite Modell, das sich mehr an das klassische Modell anlehnt, ist heute in Bereichen der französischen und italienischen Arbeiterklasse weit verbreitet und stellt sich die Arbeiterräte als Organe der Doppelherrschaft in einer Klassengesellschaft vor, in der die Arbeiterparteien nicht notwendigerweise regieren. Das bedeutet, daß Arbeiterräte oder Betriebsausschüsse Kampfinstrumente für diese Macht sind und sich stellvertretend für die traditionelle Gewerkschaftsstruktur begreifen. Sie verhandeln und sprechen im Namen von Arbeitern und ihren Verbündeten und sie haben nicht unbedingt eine Verbindung mit dem Staatsgefüge selbst.

3. Das dritte Modell begreift Arbeiterräte als Repräsentanten der Arbeiterklasse und ihrer unmittelbaren Verbündeten, die die Industrie und Wirtschaft im Rahmen eines Systems lenken, in dem die Gesellschaft selbst durch eine Arbeiterpartei regiert wird. In dieser Situation würden die Arbeiterräte die Experten, Manager, Techniker, usw. anstellen. Sie würden auch mit sekundären Dienstleistungsbereichen, wie z. B. Banken, Finanzierungen, etc. so verfahren. Hier läge die Vermutung nahe, daß die Arbeiterpartei als Führung der Gesellschaft selbst auf den Arbeitern und ihren Selbstverwaltungsorganen basiert. Die Partei wäre, um es einfach auszudrücken, der die Gesellschaft umfassende Ausdruck des bewußten Willens der fortschrittlicheren Kreise der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

Die schwierigste Frage in allen drei Fällen ist natürlich das Verhältnis der Arbeiterräte und anderer Selbstverwaltungsorgane zum Staat. Was das erste Modell angeht, so kann es sowohl bei einem Ein-Parteien-System als auch in

einem Viel-Parteien-System angewandt werden. Der springende Punkt in dieser Konzeption ist, daß es keine speziellen Interessen der Arbeiterklasse als Unterschied zu denen der übrigen arbeitenden Schichten gibt. Deshalb umfaßt dieses Modell wesentlich Beratung, Koordination und Übereinstimmung. Das zweite und dritte Modell implizieren Klassen-Konflikte und lösen sie auf verschiedenen Ebenen. Wo Arbeiterräte als Organe der Doppelherrschaft bestehen, sind die Räte selbst einer der Bewerber um die Macht und eine solche Situation — insbesondere wenn das Eigentum an den Wirtschaftsunternehmen gemischt ist — führt entweder zum Schwinden der Arbeiterräte und ihrer Degradierung zu Beratungsorganen oder zu einer Offensive der Räte zur Eroberung der staatlichen Macht. Im dritten Fall, in dem die Räte klar dominieren, die Wirtschaft kontrollieren und die regierende Partei eine Widerspiegelung ihrer Interessen darstellt, ist nicht ausgeschlossen, daß andere Schichten, wie z. B. Manager, Techniker, private Bauern etc. in der politischen Struktur, d. h. durch ihre eigenen Organisationen oder sogar Parteien vertreten werden.

Das jugoslawische Modell scheint zwischen dem ersten und dritten Modell angesiedelt zu sein. Es ist deshalb ein Modell im Übergangsstadium, das sich entweder in die Richtung einer größeren Unternehmensautonomie und der Einheit der Manager- und Technokratenschichten mit der Arbeiterklasse bewegen kann oder sich auf die dritte Kategorie hin bewegt, eine Möglichkeit, die zu dem Zeitpunkt, als die Arbeiterräte ins Leben gerufen wurden, nicht existierte. Sie existierte aus dem einfachen Grund nicht, weil es nicht genügend Arbeiter gab, um auf sie die industrielle und staatliche Macht in erster Linie zu stützen.

In den Diskussionen über die zukünftige Struktur des Arbeitskräftemarktes in modernen Industriegesellschaften hat man den Blick dafür verloren, daß die Anzahl der gewerblichen Arbeitnehmer in jeder fortschrittlichen Industriegesellschaft während der letzten fünf Jahrzehnte in keinem statistisch bedeutsamen Umfang zurückgegangen ist, obwohl die Schichten der Angestellten und Techniker expandieren. Der Prozentsatz der gewerblichen Arbeitnehmer ist trotz der massiven Einführung arbeitssparender Produktionsweisen und der Automation in fortschrittlichen Industriestaaten mit rund 40 v. H. konstant geblieben. Was sich vermindert hat, ist der Prozentsatz der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, wohingegen Steigerungen im sekundären Sektor zu verzeichnen sind. Eine Veränderung, die nicht erwartet wurde, hat sich im Bereich der Techniker und Angestellten vollzogen, wo umfangreiche Gruppen in bezug auf die Organisation des Arbeitsprozesses und der Entwicklung des gewerkschaftlichen Bewußtseins proletarisiert wurden.

Der Punkt, an dem sich offenbar die Geister scheiden, ist der der Übertragbarkeit des jugoslawischen Modells: wenn es in fortschrittlichen Industriestaaten angewandt würde, wäre es wahrscheinlich mehr ein Spiegelbild eines radikalen Arbeiterklasse-Programms als der Pläne, die von der wirtschaftlichen Techno-Struktur unterstützt werden. Eher ein Instrument des Klassenkonfliktes als der Versöhnung der Klassen. Um es anders auszudrücken, derjenige Aspekt der

Selbstverwaltung, der die Techno-Struktur interessiert, repräsentiert einen Kampf zwischen den klassischen Eigentümern und den Managern in privaten und manchmal staatseigenen Industrien, die die Arbeiterklasse zu kaufen versuchen, indem sie ihr die Illusion der Mitbestimmung durch Konsultation geben, während die Macht in den Händen der technisch ausgebildeten Schichten verbleibt. Das jugoslawische Modell mit all seinen Unvollkommenheiten und Widersprüchen liegt aber auf einer anderen Ebene. Es stellt den bedeutenden historischen Versuch dar, eine Gesellschaft auf der Grundlage der Selbstverwaltung zu schaffen. Der Erfolg oder Mißerfolg dieser Bemühungen könnte die künftige Strategie der Arbeiterparteien der ganzen Welt verändern¹⁰⁾.

¹⁰⁾ Auszüge aus einem Referat, gehalten auf der Conference on Participation and Self-Management, Dubrovnik, 13.—17. Dez. 1972. Mit Genehmigung des Verf. — Übersetzung: Ingrid Gottschalk.